

## ***Der Bruch in der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung***

Melanie Müller

Der Congress of South African Trade Unions (COSATU) hat am 8. November 2014 seine größte Mitgliedsgewerkschaft, die National Union of Metalworkers of South Africa (NUMSA), ausgeschlossen. Die Entscheidung markiert einen radikalen Einschnitt in der Geschichte des größten südafrikanischen Gewerkschaftsdachverbands.

### **Analyse**

Seit seiner Formierung im Jahr 1985 bewegte sich der Gewerkschaftsbund COSATU in einer ambivalenten Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Apartheidregierung. Nach dem Übergang zur Demokratie im Jahr 1994 war der COSATU ein einflussreicher Akteur im Land. Mit dem Ausschluss der NUMSA mit über 300.000 Mitgliedern wird eine Spaltung des COSATU kaum noch aufzuhalten sein.

- Noch während der Apartheid versuchte der COSATU, Reformen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der schwarzen Arbeiterinnen und Arbeiter durchzusetzen.
- Nach den ersten freien Wahlen im Jahr 1994 bildete der Dachverband mit dem African National Congress (ANC) und der South African Communist Party (SACP) ein Bündnis, die Tripartite Alliance. Der COSATU wollte als kritische Stimme innerhalb der Regierung fungieren und ein Bindeglied zwischen Zivilgesellschaft und Parlament darstellen.
- Der Wechsel zu einer wirtschaftsliberalen Politik in Südafrika im Jahr 1996 blieb nicht ohne Folgen: Neue soziale Bewegungen wandten sich gegen die Reformen. Zwischen diesen Bewegungen und dem COSATU, aber auch innerhalb des Dachverbands verstärkten sich die Auseinandersetzungen um die Ausrichtung der südafrikanischen Wirtschaftspolitik.
- Ausgelöst durch das Massaker von Marikana im Jahr 2012 sind die Spannungen der letzten Jahre innerhalb des COSATU nun eskaliert. Der Ausschluss der NUMSA könnte eine neue Ära in der Geschichte der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung einleiten.

*Schlagwörter: Südafrika, Gewerkschaftsbewegung, gesellschaftliche/politische Bewegung, Wirtschaftspolitik*

## Gewerkschaften im Antipartheidkampf

Seit Gründung der Südafrikanischen Union im Jahr 1910 zielten die politischen Entscheidungen darauf ab, den Arbeitsmarkt rassistisch zu strukturieren und schwarze Bürger von privilegierten Positionen auszuschließen. Ein wichtiger Erlass in diesem Zusammenhang war der Mines and Works Act aus dem Jahr 1911, der schwarzen Südafrikanern verbot, höher qualifizierte Arbeiten zu verrichten. Diese Politik führte zu einer starken Fragmentierung der südafrikanischen Arbeiterschaft, die analog zu den gesellschaftlichen Konfliktlinien verlief und letztendlich in den Apartheidstaat ab 1948 mündete. Weiße Gewerkschaften unterstützten dabei die Politik des Apartheidregimes und konnten ihren Mitgliedern Vorteile auf dem Arbeitsmarkt verschaffen, wie bevorzugte Zugangsrechte zu Arbeitsplätzen für Weiße (Bhorat et al. 2014: 2). Für schwarze und gemischte<sup>1</sup> Gewerkschaften waren die Arbeitsmöglichkeiten im Apartheidregime hingegen stark eingeschränkt. Erst im Jahr 1955 schlossen sich einige dieser Gewerkschaften im Dachverband South African Congress of Trade Unions (SACTU) zusammen. Der SACTU forderte weitreichende politische Reformen und sah die Apartheidpolitik als Hauptgrund für die schlechten Arbeitsbedingungen. Der Gewerkschaftsbund schloss sich dem Befreiungskampf des African National Congress (ANC) an und konnte ab 1956 nur noch aus dem Exil agieren. Die staatliche Repression und eine Reihe politischer Beschlüsse der Apartheidregierung führten in den Folgejahren dazu, dass die gewerkschaftliche Organisation für schwarze und gemischte Gewerkschaften immer schwieriger wurde (Habib und Valodia 2006: 227).

Erst ab 1973 gewann die Gewerkschaftsbewegung wieder an Stärke. Rund 100.000 Arbeiterinnen und Arbeiter demonstrierten in Durban für bessere Arbeitsbedingungen („Durban Moment“). Aufbauend auf diesen Demonstrationen bildete sich ein breites Netzwerk, das sich für das Recht auf Organisationen für schwarze Arbeiter einsetzte (Habib und Valodia 2006: 227). Zu dieser Zeit nahm der Druck auf das Apartheidregime zu,

insbesondere mit den Aufständen in den South Western Townships (Soweto) im Jahr 1976, aber auch durch internationalen Druck, so von der international agierenden Antipartheidbewegung oder den Vereinten Nationen.

Die Regierung reagierte auf das Erstarren der schwarzen Gewerkschaftsbewegung mit Veränderungen der Arbeitsmarktpolitik. Im Jahr 1977 setzte sie zunächst die Wiehahn-Kommission ein, die Vorschläge für die Reform der südafrikanischen Arbeitsgesetze erarbeiten sollte. Die Kommission stellte fest, alle Beschäftigten hätten ein „moralisches Recht“, sich zu organisieren und Gewerkschaften zu bilden. Gesetzesänderungen der Jahre 1979 und 1981 räumten folglich schwarzen und gemischten Gewerkschaften Organisations- und Verhandlungsrechte ein. Voraussetzung war allerdings die staatliche Registrierung und die Vorlage von Mitgliederlisten. Politische Betätigung blieb den Gewerkschaften untersagt (Habib und Valodia 2006: 229).

Diese Einschränkungen wurden als Versuch interpretiert, die Gewerkschaftsbewegung staatlicher Kontrolle zu unterwerfen und ein Bündnis der Gewerkschaften mit der Antipartheidbewegung zu verhindern. Entsprechend umstritten waren diese Reformen innerhalb der Gewerkschaften. Nach 1979 formierten sich drei Gewerkschaftsverbände: Die Federation of South African Trade Unions (FOSATU) mit zwölf Industriegewerkschaften und rund 20.000 Arbeiterinnen und Arbeitern, die Community Unions, die vor allem im Ostkap entstanden, und CUSA, der Council of Trade Unions in South Africa, der hauptsächlich um Johannesburg verankert und von der Black-Consciousness-Bewegung beeinflusst war. Zwar verfolgten alle drei Gewerkschaftsverbände das Ziel, die Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu verbessern und – damit verbunden – das Apartheidregime zu überwinden; Uneinigkeit bestand jedoch darin, welche Strategie dabei verfolgt werden sollte. Dies wird an der langwierigen Debatte zur Registrierung deutlich. Die Gewerkschaften, die für die Registrierung votierten und für das Prinzip „Kooperation ohne Ko-optation“ standen, gründeten 1985 den Congress of South African Trade Unions (COSATU). Neben den FOSATU-Gewerkschaften schlossen sich die National Union of Mineworkers (NUM) und einige Community-Gewerkschaften dem COSATU an. Der Verband etablierte sich schnell als größter und wichtigster Gewerkschaftsbund in Südafrika (Habib und Valodia 2006: 227-229).

<sup>1</sup> Mit dem Population Registration Act von 1950 hatte die Apartheidregierung die südafrikanische Bevölkerung in „Whites“, „Coloureds“, „Indians/Asians“ und „Blacks“ (auch „Natives“ oder „Africans“) unterteilt. Unter Anwendung dieser Kategorien wurden weiterführende Gesetze zur Trennung der Bevölkerung erlassen. „Gemischte“ Gewerkschaften standen Mitgliedern aller Hautfarben offen; sie verstießen damit gegen die Rassentrennungsideologie der Apartheidregierung (Ludwig 2015: o.S.).

Doch auch innerhalb des COSATU – mit einer Mitgliederzahl von 460.000 Arbeiterinnen und Arbeitern im Jahr 1985 – blieben Spannungen über die strategische Ausrichtung des Verbandes weiter bestehen. Zwei Strömungen standen sich gegenüber: die *workerists* und die *populists*. Die *workerists* fokussierten auf die Stärkung der betrieblichen Strukturen, da sie die Apartheid vorrangig als kapitalistisches System interpretierten und in der Überwindung von Ausbeutungsmechanismen den Weg zur Überwindung der Apartheid sahen. Daher sprachen sie sich für eine Registrierung als Gewerkschaftsorganisationen aus, um das System von innen heraus zu reformieren. Die *populists* lehnten diese Beteiligung eher ab (Ludwig 2015 i.E.). Für sie hatte der Befreiungskampf in Allianz mit dem ANC, der South African Communist Party (SACP) oder auch der United Democratic Front (UDF)<sup>2</sup> höhere Priorität (Habib und Valodia 2006: 230). Dennoch gelang dem COSATU trotz massiver interner Auseinandersetzungen und Anfeindungen durch das Apartheidregime der Spagat zwischen einer Annäherung an ANC, SACP und UDF und einer Rolle als Massenbewegung im Apartheidstaat. Die Gewerkschaftsbewegung erfüllte demnach zwei Funktionen: Sie vertrat einerseits die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter, war auf der anderen Seite aber auch die einzige wirkliche Opposition im Land, nachdem fast alle schwarzen Organisationen in Südafrika verboten waren. Dieser Weg wurde durch den COSATU bis zum Ende der Apartheid weiter verfolgt (Ludwig 2015 i.E.).

### **Spagat zwischen Bewegungen und Regierung: COSATU in der Tripartite Alliance**

Mit dem Übergang zur Demokratie kam es in Südafrika zu einer besonderen politischen Allianz, der Tripartite Alliance, dem Dreierbündnis von ANC, SACP und COSATU. Mit diesem Bündnis sollte die politische, gesellschaftliche und ökonomische Zukunft Südafrikas auf breite Basis gestellt werden. Neben der Möglichkeit, sich an der Formulierung politischer Programme zu beteiligen, sind seit dem Jahr 1994 20 Plätze im südafrikanischen Parlament für führende Mitglieder des COSATU reserviert; ähnlich wurde und wird bei Provinzwahlen verfahren (Bhorat et al. 2014: 15). Die erste Post-Apartheid-Regierung unter Nelson

<sup>2</sup> Ein zivilgesellschaftliches Bündnis, das 1983 gegründet wurde und über 600 Organisationen umfasste.

Mandela versprach umfassende Reformen, um die historisch gewachsene strukturelle Ungleichheit in Südafrika zu überwinden. Bereits vor dem Übergang zur Demokratie war es im ANC zu Auseinandersetzungen darüber gekommen, welche Ausrichtung die südafrikanische Ökonomie haben sollte. Teile der Partei setzten sich – in der linken Tradition des ANC – für weitreichende Umverteilungsprogramme ein, während andere Gruppen im ANC vorrangig auf Wirtschaftswachstum setzten.

COSATU wollte in dieser Allianz als Sprachrohr für die Belange der Arbeiterschaft, aber auch der Zivilgesellschaft wirken und sich für soziale Reformen und Umverteilung einsetzen. In den ersten Jahren gelang es dem Gewerkschaftsbund, mit dem „Reconstruction and Development Programme“ (RDP) ein Programm für soziale und ökonomische Reformen vorzulegen, das auch umgesetzt wurde. Das grundlegende Ziel des RDP war ein „Entwicklungsschub durch soziale Maßnahmen“. Durch Investitionen in den Bereichen Elektrizität, Wasser, Telekommunikation, Transport, Gesundheit, Bildung und Ausbildung sollten die Lebensbedingungen der Bevölkerung entscheidend verbessert werden. Das Programm wurde jedoch bereits zwei Jahre später eingestellt (Kappel 2013: 5). Die südafrikanische Regierung verabschiedete im Jahr 1996 unter dem ANC-Präsidenten Thabo Mbeki, der drei Jahre später Nelson Mandela als Staatspräsident ablösen sollte, das Programm „Growth, Employment and Redistribution“ (GEAR). GEAR stellte eine klare Abkehr vom Ansatz der Umverteilung im RDP dar und sah eine Reduktion des Haushaltsdefizits in Verbindung mit zahlreichen Maßnahmen zur Stärkung der Industrie sowie von Inlands- und Auslandsinvestitionen vor, wie die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und steuerliche Anreize.

Mit der Umsetzung des GEAR-Programms folgte die südafrikanische Regierung dem Weg vieler anderer Staaten, die sich in den 1990er Jahren an den Prinzipien des Washington Consensus<sup>3</sup> orientierten. Als Reaktion auf diese Politik entstan-

<sup>3</sup> Der Washington Consensus, der 1989 begrifflich als Zusammenfassung von Politikstandards der Bretton Woods Institutionen (Weltbank und Internationaler Währungsfonds) durch John Williamson geprägt wurde, umfasste eine Reihe von Strukturanpassungsmaßnahmen. Diese wurden damals als Bedingung für die Kreditvergabe an verschuldete lateinamerikanische Staaten formuliert. Die Maßnahmen umfassten u.a. die Einhaltung von Fiskaldisziplin, eine Liberalisierung der Handelspolitik, Privatisierungen und den Abbau von öffentlichen Verwaltungen sowie von Subventionen.

den weltweit, aber auch in Südafrika soziale Bewegungen. Viele der Aktivisten der Bewegungen in Südafrika hatten sich bereits in der Antiapartheidsbewegung engagiert. Sie wendeten sich enttäuscht von der ANC-Regierung ab und bildeten eine neue Opposition. In Südafrika werden diese Gruppen „Neue Soziale Bewegungen“ oder „Post-Apartheid-Bewegungen“ genannt, um die Abgrenzung zum ANC zu verdeutlichen. Einige Gruppen formierten sich dezidiert, um gegen die Folgen des GEAR-Programms und gegen die Privatisierungswellen zu kämpfen. Hierzu gehören unter anderem das Soweto Electricity Crisis Committee (SECC), die Concerned Citizens Group (CCG) und das Anti Privatization Forum (APF). Andere Gruppen forderten ausgebliebene Reformen ein, beispielsweise das Landless People's Movement (LPM), oder beklagten die Vernachlässigung verschiedener Sektoren und forderten beispielsweise die Verbesserung medizinischer Versorgung und den Zugang zu Medikamenten, wie die Treatment Action Campaign (TAC) (Ballard et al. 2006: 2).

Neben Aktionen dieser organisierten Gruppen finden in Südafrika seit Mitte der 1990er Jahre immer wieder spontane Kundgebungen und Proteste statt. Viele richten sich gegen die allgemein schlechten Lebensbedingungen (Alexander 2010). Zwar ist es der südafrikanischen Regierung gelungen, die makroökonomische Lage weitestgehend zu stabilisieren. Doch muss die Wirtschaftsentwicklung Südafrikas als *jobless growth* bezeichnet werden: Wirtschaftswachstum findet statt, ohne dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und die soziale Ungleichheit ist weiterhin hoch (Kappel 2013). Die Arbeitslosigkeit in Südafrika beträgt laut südafrikanischer Regierung 25,4 Prozent (Statistics South Africa 2014). Zwar argumentieren einige Ökonomen, nominell gebe es eine Umverteilung in Südafrika (Terreblanche 2002; Seekings und Nattrass 2005). Doch fehlt in vielen Townships und ländlichen Gebieten<sup>4</sup> noch immer die Anbindung an Infrastruktur und Grundversorgung. Darüber hinaus sind politische Reformansätze vielfach an einer fehlerhaften Umsetzung gescheitert. Beispiele hierfür finden sich viele: Die Schulbücher für Schulen im Bundesstaat Mpumalanga, die zwar gedruckt wurden, dann aber nie ausgeliefert wurden, oder die *bucket toilets*, Einwegtoiletten, die als Ersatz für die sani-

täre Anbindung der Townships zur Verfügung gestellt, dann aber tagelang nicht entsorgt werden und in den schmalen Hinterhöfen ein Nährboden für Krankheitserreger sind. Es geht den Protestierenden in Südafrika um mehr als die Befriedigung ökonomischer Bedürfnisse: Sie fordern *citizenship*, die Teilhabe als Bürger und eine wirkliche Inklusion ins öffentliche Leben.

Das Verhältnis zwischen den sozialen Bewegungen und dem COSATU war und ist ambivalent. Der COSATU hat sich seit seiner Gründung als Organisation verstanden, die nicht nur die Rechte der Arbeitenden vertritt, sondern darüber hinaus politisch aktiv ist – auch als *social movement unionism* bezeichnet (Webster und Buhlungu 2004). Darüber hinaus gibt es personelle Überschneidungen mit sozialen Bewegungen, wodurch die gegenseitige Unterstützung gefördert wird. Der Einsatz des COSATU gegen das GEAR-Programm wurde von vielen in den sozialen Bewegungen gewürdigt. Doch hat sich der Gewerkschaftsbund im Zweifelsfall für Kooperation mit der Regierung entschieden.

Im Jahr 2003 verabschiedeten die Delegierten beim jährlichen COSATU-Kongress eine Resolution „On Emerging Social Movements“. In dieser Resolution wurde das Entstehen der sozialen Bewegungen als ein *wake-up call* an die Tripartite Alliance interpretiert, gleichzeitig aber die weitere Zusammenarbeit mit dem ANC und der SACP betont. Zwar sollte auch die Zusammenarbeit mit einigen Bewegungen gesucht werden, allerdings nur, wenn dies die Allianz nicht gefährden würde (COSATU 2003). In den folgenden Jahren war das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und großen Teilen der Zivilgesellschaft von starkem Misstrauen geprägt, was sich erst mit der Absetzung von Thabo Mbeki auf dem ANC-Kongress von 2007 änderte. COSATU war wesentlich an der Entscheidung beteiligt, eine zweite Amtszeit von Thabo Mbeki als ANC-Präsident und als Präsident Südafrikas zu verhindern. Gewählt wurde in der Folge der COSATU-Favorit Jacob Zuma, von dem sich die Delegierten stärkere Mitspracherechte und einen „Linksruck im ANC“ erhofften (Ludwig 2015 i.E.). Nach einem Zivilgesellschaftsgipfel, den der COSATU im Jahr 2010 organisiert hatte, war eine langsame Annäherung zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zu erkennen, die sich nach den jüngsten Ereignissen verstärken könnte.

<sup>4</sup> Rund 13 Prozent der Bevölkerung leben in sogenannten informellen Wohnstätten, 7,9 Prozent in traditionellen Wohngebieten (Statistics South Africa 2014).



## Spaltung der Gewerkschaften in Südafrika: eine neue Ära?

Der Ausschluss der National Union of Metalworkers in South Africa (NUMSA) aus dem COSATU Anfang November 2014 bedeutet einen radikalen Einschnitt, der auch als Scheitern der Strategie, zwischen Arbeitern, sozialen Bewegungen und Parlament zu agieren, interpretiert werden kann. Den Beginn der Entfremdung markierten die Ereignisse rund um das Massaker von Marikana im August 2012. In Marikana wurden 34 streikende Arbeiter erschossen, zehn weitere Menschen getötet und weitere 78 verletzt. Vorausgegangen war den Auseinandersetzungen ein Streik in einer Platinmine in Rustenberg, der von der Polizei aufgelöst werden sollte. Die Arbeiter hatten mehrere Tage einen Platz rund um die Mine besetzt und wurden von der Polizei aufgefordert, diesen zu verlassen. Als sie sich weiterhin weigerten, eröffnete die Polizei das Feuer auf die unbewaffneten Streikenden. Die Bilder wurden im südafrikanischen Fernsehen ausgestrahlt, auch der Totenkampf der verletzten Arbeiter, die keine unmittelbare medizinische Versorgung erhielten (Müller 2014). Große Teile der Bevölkerung fühlten sich durch das Vorgehen der Polizei an die Ereignisse in Sharpeville im Jahr 1960 erinnert, als die Apartheidpolizei 69 Demonstranten erschoss. Dass ein ähnliches Massaker unter einer ANC-Regierung geschehen konnte, hat insbesondere die schwarze Bevölkerung erschüttert. Der südafrikanische Soziologieprofessor Peter Alexander bezeichnet deshalb „Marikana“ als „Wendepunkt in der Geschichte Südafrikas“ (Alexander 2013: 605). Das Massaker hat nicht nur die Debatte um die zunehmende Polizeigewalt im Land angeheizt, sondern auch die Kritik an der Regierung verstärkt. Ihr wird vorgeworfen, den Bezug zur Bevölkerung längst verloren zu haben.

Auch innerhalb des COSATU haben die Vorgänge in Marikana zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Kritik ertete die National Union of Mineworkers (NUM), die lange für die Vertretung der Minenarbeiter in Marikana zuständig gewesen war. Die Arbeiter in Marikana fühlten sich von der NUM, die eine enge Verbindung zum ANC hatte, nicht mehr vertreten und in ihren Forderungen nach Lohnerhöhung nicht unterstützt. In der Folge kam es zu einem Wettstreit zwischen der NUM und der Association of Mineworkers and Construction Union (AMCU). Einige bisher bei der NUM organisierte Minenarbeiter waren bereits

vor den Auseinandersetzungen in Marikana zur AMCU übergetreten. Dass die Führung der NUM das Vorgehen der Polizei nur verhalten kommentierte, führte zu einem weiteren Vertrauensbruch. Seitdem sind weitere Übertritte zur AMCU zu verzeichnen. Welche Ereignisse genau zu dem Massaker führten und welche Rolle die beteiligten Akteure spielen, wurde von der Marikana Commission of Inquiry – nach ihrem Vorsitzenden Ian Gordon Farlam auch „Farlam Commission“ – untersucht. Die Untersuchung war Anfang November 2014 abgeschlossen; Anfang 2015 soll ein umfassender Report vorliegen.<sup>5</sup>

Im Dezember 2013 führte die NUMSA einen „Special National Congress“ durch, eine Art Krisengipfel, der von sieben weiteren COSATU-Gewerkschaften unterstützt wurde, die mit ihrem Dachverband unzufrieden waren. Die Delegierten verabschiedeten dabei neun Resolutionen, in denen sie mit der Tripartite Alliance und der politischen Führung in Südafrika hart ins Gericht gingen: Die Regierung habe darin versagt, ihre Ziele und Versprechungen umzusetzen. Die Allianz sei „dysfunktional, in einer Krise und paralysiert“. Die Ideale der „Freedom Charter“<sup>6</sup> und die Versprechungen an die Bevölkerung seien durch „rechtsgerichtete und neoliberale Politiken wie den Nationalen Entwicklungsplan“ verraten worden. Die Delegierten kritisierten das Vorgehen der NUM in Marikana, aber auch die Zurückhaltung des COSATU bei der Umsetzung von Regierungsprogrammen sowie das Ausbleiben politischer Kampagnen. Der Dachverband müsse zu seinen Wurzeln zurückfinden und gemeinsam mit Arbeitern und sozialen Bewegungen in Aktion treten. NUMSA kündigte an, Möglichkeiten für die Bildung einer sozialistischen Bewegung in Südafrika zu erörtern, in der unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen vereint sind.<sup>7</sup>

5 Siehe Marikana Commission of Inquiry (2014), *Documents*, online: <[www.marikanacomm.org.za/documents.html](http://www.marikanacomm.org.za/documents.html)> (8. November 2014).

6 Die Freedom Charter war 1955 beim „Congress of the People“, einem Zusammenschluss verschiedener Organisationen, die gegen die Apartheidpolitik mobilisierten (darunter auch Mitglieder des ANC), verabschiedet worden. Sie beinhaltet das Versprechen, nach dem Ende der Apartheid unterschiedslos allen Bürgern Südafrikas umfassende soziale, ökonomische und politische Rechte zu gewähren; hierzu gehörten u.a. Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Zugang zu Wasser und Elektrizität, eine angemessene Gesundheitsversorgung und das Recht auf menschenwürdiges Wohnen.

7 Alle Zitate aus Resolutionen des NUMSA National Congress im Dezember 2013 finden sich im Original unter: <[www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013](http://www.numsa.org.za/article/resolutions-adopted-numsa-special-national-congress-december-16-20-2013)> (7. November 2014).

Slogan des NUMSA-Kongresses war ein Zitat von Nelson Mandela: „Wenn der ANC euch behandelt, wie euch die Apartheidregierung behandelt hat, dann müsst ihr den ANC behandeln, wie ihr die Apartheidregierung behandelt habt“. Die Delegierten beschlossen, dem ANC die finanzielle und politische Unterstützung bei den Wahlen 2014 zu versagen. Während es seit 1994 übliche Praxis gewesen war, dass die COSATU-Gewerkschaften ihren Mitgliedern entsprechende Wahlempfehlungen gaben, wurde dies von der NUMSA jetzt unterlassen. Damit verstärkten sich die Spannungen innerhalb des Gewerkschaftsverbandes. Zwar hatte die fehlende Unterstützung durch NUMSA keine unmittelbaren politischen Konsequenzen für den ANC und die Tripartite Alliance, doch war das politische Klima innerhalb des COSATU in den letzten Monaten sehr angespannt. Mit der Entscheidung des Central Executive Committee (CEC) des COSATU vom 8. November 2014, die NUMSA aus dem Dachverband auszuschließen, scheint der Bruch vollzogen. Die Entscheidung innerhalb des CEC war mit klarer Mehrheit gefallen: 33 Mitglieder votierten für den Ausschluss der NUMSA, nur 24 stimmten dagegen.

### **Die Zukunft der südafrikanischen Gewerkschaftsbewegung: mögliche Szenarien**

Auf den Ausschluss aus dem COSATU hat die NUMSA schnell reagiert und Einspruch eingelegt. Sieben Gewerkschaften<sup>8</sup> und weitere Verbündete haben den Ausschluss als „traurigen und beschämenden Abschnitt“ in der Geschichte ihres Dachverbands kritisiert. Sie unterstützen den Einspruch der NUMSA und fordern deren Wiederaufnahme in den Dachverband. Dies scheint mit Blick auf die Mehrheitsverhältnisse im CEC jedoch unwahrscheinlich. Im Vorfeld des Ausschlusses hatte die COSATU-Führung eine Reihe von Begründungen zusammengestellt, die den Ausschluss legitimieren sollten. Die NUMSA hatte in mehreren Erklärungen versucht, diese zu entkräften, war aber gescheitert.

Auf der anderen Seite wird der Ausschluss der NUMSA auch den COSATU hart treffen. Laut der

südafrikanischen Zeitschrift *Mail & Guardian* verliert COSATU Mitgliedsbeiträge in Höhe von rund 1 Mio. Rand (ZAR) im Monat, umgerechnet sind das über 70.000 EUR. Mit 340.000 Mitgliedern war NUMSA die größte Mitgliedsgewerkschaft des Dachverbandes, dessen Einzelgewerkschaften bis zum NUMSA-Ausschluss insgesamt etwa 2 Millionen Menschen organisiert hatten (COSATU 2014). Der Ausschluss der NUMSA schwächt den Verband damit nicht nur finanziell, sondern auch politisch. Die Entscheidung des CEC wird deshalb innerhalb des COSATU in den nächsten Monaten sicherlich noch intensiv debattiert werden.

Von diesen Debatten könnte auch die Zukunft des derzeitigen COSATU-Vorsitzenden Zwelinzima Vavi abhängen. Er hatte sich in den letzten Jahren immer wieder kritisch gegenüber der Regierungspolitik geäußert, was nicht allen Mitgliedsgewerkschaften im COSATU gefallen hatte. Vavi war im August 2013 nach noch immer ungeklärten Vergewaltigungsvorwürfen suspendiert worden. Die NUMSA hatte sich für seine Wiedereinsetzung eingesetzt und eine Untersuchung gefordert (Müller 2014). Nachdem der South Gauteng High Court die Suspendierung ohne vorherige demokratische Entscheidung innerhalb des COSATU für „ungültig, nicht rechtmäßig, gegen die Prinzipien der Legalität und ohne Konsequenz“ (High Court of South Africa 2014) erklärt hatte, durfte Vavi sein Amt wieder ausüben. Mit dem Ausschluss der NUMSA, und damit seiner größten Unterstützergruppe, könnte es für ihn schwierig werden, seinen Posten dauerhaft zu behalten. Bis zum Special National Congress, den der COSATU für Anfang 2015 plant, wird er aber zunächst Generalsekretär bleiben.

Sollte die Wiedereingliederung der NUMSA in den COSATU scheitern und Vavi als Gewerkschaftsvorsitzender zurücktreten, sind neue Konstellationen möglich. Denkbar wäre dann die Gründung eines neuen Gewerkschaftsdachverbands, in dem sich über NUMSA hinaus auch andere Gewerkschaften sammeln. Ein Vorteil für die NUMSA könnte dabei sein, dass sie über breite Unterstützung in der südafrikanischen Bevölkerung verfügt. Denn in den letzten Monaten hat die Gewerkschaft die Nähe zur Bevölkerung und zu den sozialen Bewegungen gesucht. Im Gegenzug haben letztere die Streiks der NUMSA in den letzten Monaten unterstützt und an einem großen Zivilgesellschaftsgipfel zur Erarbeitung eines gemeinsamen Programms im Januar 2014 teilgenommen, der von der NUMSA organisiert worden war. Ob dies aber reichen wird, um eine neue

<sup>8</sup> Die Food and Allied Workers Union (FAWU), die South African Commercial and Catering and Allied Workers Union (SACCABU), die Communication Workers Union (CWU), die Democratic Nursing Organisation of South Africa (DENOSA), die South Africa Football Players Union (SAFPU), die South African State and Allied Workers Union (SASAWU) und die Public and Allied Workers Union (PAWUSA).

Gewerkschaftsbewegung auf eine breite Basis zu stellen, wird sich zeigen.

## Literatur

- Alexander, Peter (2010), *Rebellion of the Poor: South Africa's Service Delivery Protests – a Preliminary Analysis*, in: *Review of African Political Economy*, 37, 123, 25-40.
- Alexander, Peter (2013), *Marikana: Turning Point in South African History*, in: *Review of African Political Economy*, 40, 138, 605-619.
- Ballard, Richard, Adam Habib, Imraam Valodia und Elke Zuern (2006), *Introduction: From Anti-Apartheid to Post-Apartheid Social Movements*, in: Richard Ballard, Adam Habib und Imraam Valodia (2006), *Voices of Protest: Social Movements in Post-Apartheid South Africa*, Scottsville: University of KwaZulu-Natal Press, 1-22.
- Bhorat, Haroon, Karmen Naidoo und Derek Yu (2014), *Trade Unions in an Emerging Economy: The Case of South Africa*, WIDER Working Paper, 55, Helsinki: United Nations University, World Institute for Development Economics Research (UNU-WIDER).
- COSATU (2003), *Resolutions of the COSATU 8th National Congress, Part 1: Political Policy Resolutions*, 3. *On Emerging Social Movements*, online: <[www.cosatu.org.za/docs/resolutions/2003/resolutions8th.pdf](http://www.cosatu.org.za/docs/resolutions/2003/resolutions8th.pdf)> (12. November 2014).
- Habib, Adam, und Imraam Valodia (2006), *Reconstructing a Social Movement in an Era of Globalisation: A Case study of COSATU*, in: Richard Ballard, Adam Habib und Imraam Valodia (2006), *Voices of Protest: Social Movements in Post-Apartheid South Africa*, Scottsville: University of KwaZulu-Natal Press, 225-253.
- High Court of South Africa, Gauteng Local Division, Johannesburg (2014), *Case No. 32567/13*, online: <[www.saflii.org/za/cases/ZAGPJHC/2014/59.pdf](http://www.saflii.org/za/cases/ZAGPJHC/2014/59.pdf)> (27. November 2014)
- Kappel, Robert (2013), *Südafrika – Die Krisensymptome verstärken sich*, GIGA Focus Afrika, 7, online: <[www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf\\_afrika\\_1307\\_0.pdf](http://www.giga-hamburg.de/de/system/files/publications/gf_afrika_1307_0.pdf)> (1. November 2014).
- Ludwig, Carmen (im Erscheinen), *Zwischen Widerstand und Regierungsbeteiligung: Ein Überblick über Gewerkschaften und ihre Strategien in Südafrika*, in: Dana Fontaine, Franziska Müller, Claudia Hofmann und Bernhard Leubolt, *Das politische System Südafrikas*, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Müller, Melanie (2014), *Südafrika in Bewegung: Das Massaker von Marikana hat das politische System in Südafrika verändert*, in: *Peripherie*, 34, 134/135, 326-336.
- Statistics South Africa (2014), online: <[http://beta2.statssa.gov.za/?page\\_id=737&id=1](http://beta2.statssa.gov.za/?page_id=737&id=1)> (12. November 2014)
- Seekings, Jeremy, und Nicoli Nattrass (2005), *Class, Race and Inequality in South Africa*, New Haven und London: Yale University Press.
- Terreblanche, Sampie (2002), *A History of Inequality in South Africa 1652-2002*, Scottsville/Sandton: University of Natal Press.
- Webster, Edward, und Sakhela Bulungu (2004), *Between Marginalisation and Revitalisation? The State of Trade Unions in South Africa*, in: *Review of African Political Economy*, 31, 100, 39-56.

## ■ Die Autorin

Melanie Müller ist Diplom-Politikwissenschaftlerin und promoviert an der Freien Universität Berlin über die Einflüsse von Transnationalisierungsprozessen auf soziale Bewegungen am Beispiel der Umweltbewegung in Südafrika. Sie ist als Stipendiatin der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) an das Zentrum für Technik und Gesellschaft (ZTG) der Technischen Universität Berlin angegliedert. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen neben dem Länderfokus Südafrika die Rolle von sozialen Bewegungen im „Globalen Süden“, Konflikte um natürliche Ressourcen sowie internationale Umwelt- und Klimapolitik.

E-Mail: <mueller@ztg.tu-berlin.de>, Webseite: <[https://www.tu-berlin.de/ztg/menue/team/mitarbeiterinnen/mueller\\_melanie\\_dipl-pol/](https://www.tu-berlin.de/ztg/menue/team/mitarbeiterinnen/mueller_melanie_dipl-pol/)>

## ■ Focus-Schwerpunktthema 2014

Innerhalb aller fünf GIGA-Focus-Reihen wird im zweiten Halbjahr 2014 aus jeweils regionaler und globaler Sicht das Thema Gewerkschaften und ihre Einflussnahme auf die Gestaltung politischer und sozio-ökonomischer Entwicklungen behandelt.

## ■ GIGA-Forschung zum Thema

Das GIGA Institut für Afrika-Studien befasst sich mit politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen auf dem Kontinent. Kern der thematischen Forschung sind institutionelle Strukturen wie Parteien, Wahlsysteme und Verfassungsgerichte, Konflikte um Ressourcen und religiöse Dominanz, ausländische Investitionen und ihre Folgen sowie afrikanische Führungsmächte.

## ■ GIGA-Publikationen zum Thema

Engel, Ulf (2014), South Africa: The 2014 National and Provincial Elections, in: *Africa Spectrum*, 49, 2, 79-89, online: <[www.africa-spectrum.org](http://www.africa-spectrum.org)>.

Kappel, Robert (2009), *Ungleichheit und Wirtschaftswachstum: Südafrikas Wirtschaft vor globalen Herausforderungen*, GIGA Focus Afrika, 9, online: <[www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika)>.

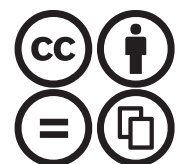
Kappel, Robert (2010), Wirtschaft und Entwicklung in Südafrika, in: Werner Distler und Kristina Weisenbach (Hrsg.), *Konsolidierungsprojekt Südafrika: 15 Jahre Post-Apartheid*, Baden-Baden: Nomos, 163-185.

Melber, Henning (2014), *South Africa's Elections 2014: And the Winner is?*, GIGA Focus International Edition English, 4, online: <[www.giga-hamburg.de/giga-focus/international](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/international)>.

von Soest, Christian (2012), *Südafrika: Der ANC hat keine Lösung für die soziale Misere*, GIGA Focus Afrika, 12, online: <[www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus/afrika)>.



Der GIGA Focus ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <[www.giga-hamburg.de/giga-focus](http://www.giga-hamburg.de/giga-focus)> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA Focus, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt Focus-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus. Ausgewählte Texte werden in der GIGA Focus International Edition auf Englisch und Chinesisch veröffentlicht. Der GIGA Focus Afrika wird vom GIGA Institut für Afrika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Auf die Nennung der weiblichen Form von Personen und Funktionen wird ausschließlich aus Gründen der Lesefreundlichkeit verzichtet.

Redaktion: Robert Kappel; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Hanspeter Mattes; Lektorat: Ellen Baumann; Kontakt: <[giga-focus@giga-hamburg.de](mailto:giga-focus@giga-hamburg.de)>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

**GIGA** Focus  
German Institute of Global and Area Studies  
Institut für Afrika-Studien

IMPRESSUM